

Mitteilungsblatt

Ausgabe 2007

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

2007 gibt es nur diese Ausgabe des Mitteilungsblatts. Nicht, weil es nichts zu berichten gegeben hätte, im Gegenteil, es haben sich die Ereignisse in und um die Justiz und insbesondere im Landesverband in diesem Jahr geradezu überschlagen. Der Grund ist vielmehr darin zu sehen, dass die Mitarbeit für das Mitteilungsblatt nachgelassen hat. Deshalb soll in der Sitzung des Landesvorstandes im Dezember ein neues Konzept gesucht und gefunden werden.

Paul Blaschke

Thomas Edinger – neuer Vorsitzender des Richterbundes Rheinland-Pfalz



Die Landesvertreterversammlung des rheinland-pfälzischen Richterbundes hat am 20. August 2007 in Zweibrücken den 45-jährigen Direktor des Amtsgerichts Thomas Edinger zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Edinger löst die bisherige Vorsitzende Ulrike Müller-Rospert ab, die den Verband seit 2004 geführt hat. Sie trat zum 01.06.2007 von ihrem Amt als Landesvorsitzende zurück, weil sie in die Abteilung I des Justizministeriums abgeordnet wurde.

Der neue Vorsitzende ist 1962 in Kaiserslautern geboren und seit 1990 als Richter und Staatsanwalt in der rheinland-pfälzischen Justiz tätig. Er war zunächst bei den Staatsanwaltschaften in Kaiserslautern, Gera und Bad Kreuznach eingesetzt. 1995 erfolgte die Ernennung zum Richter am Amtsgericht Kaiserslautern. Von Mitte 1996 bis Ende 1999 war er im Ministerbüro der damaligen Justizminister Peter Caesar und Herbert Martin tätig. Nach einer eineinhalbjährigen Abordnung an das Pfälzische Oberlandesgericht Zweibrücken erfolgte 2001 die Ernennung

zum Direktor des Amtsgerichts Landstuhl. Seit 2004 ist er Direktor des Amtsgerichts Rockenhausen.

Edinger ist seit 1990 Mitglied des Deutschen Richterbundes, seit November 2004 Vorsitzender des Bezirksvereins Kaiserslautern und Mitglied des Landesvorstandes. Daneben ist er seit 1996 Mitglied der Redaktion der Deutschen Richterzeitung.

Edinger lebt in Kirchheimbolanden, ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Antrittsrede des Landesvorsitzenden Edinger

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

zunächst möchte ich mich für die Wahl zum Vorsitzenden des Landesverbandes Rheinland-Pfalz bedanken. Ich danke Ihnen für das mir damit entgegen gebrachte Vertrauen und verspreche hiermit, alles dafür zu tun, dieses Vertrauen zu rechtfertigen.

Ihnen, sehr geehrte, liebe Frau Müller-Rospert, danke ich – jetzt nicht nur persönlich, sondern auch im Namen des rheinland-pfälzischen Richterbundes – für Ihr Arbeit als Vorsitzende, für den großen persönlichen Einsatz, den Sie in den vergangenen mehr als drei Jahren geleistet haben. Ich will versuchen, Ihre Arbeit in dem Sinne fortzusetzen, wie Sie es sich vor einigen Wochen vorgestellt haben, als Sie mich fragten, ob ich bereit sei, als Ihr Nachfolger zu kandidieren.

Als Ihr Anruf völlig überraschend kam, habe ich mir etwas Bedenkzeit erbeten. Nicht nur wegen des zu erwartenden Arbeitsaufwandes, und nicht nur, weil ich natürlich erst mit meiner Frau und meinem Vertreter in Rockenhausen sprechen musste, sondern vor allem wegen eines persönlichen Handicaps.

Ich habe nämlich ein katastrophal schlechtes Personen- und Namensgedächtnis. Eine Eigenschaft, die nach meinen Erfahrungen gerade für einen Vorsitzenden eines Vereins oder erst recht eines größeren Verbandes enorm wichtig ist.

Wie Sie sehen habe ich dennoch der Wahl zugestimmt. Ich möchte Sie aber gleich hier und jetzt um Nachsicht bitten, wenn mir der Name des einen oder der anderen nicht gleich einfällt und Sie merken: Jetzt weiß er gerade mal wieder nicht, mit wem er spricht. Ich bitte Sie alle, wen auch immer es möglicherweise einmal betrifft, schon jetzt um Entschuldigung.



Einen zweiten Punkt, bei dem ich um Nachsicht bitte, muss ich gleich noch anhängen:

Ich bitte auch um Verständnis, dass ich noch nicht in allen Fragen, die den Richterbund in Rheinland-Pfalz betreffen, so firm bin, wie das ein Vorsitzender zu sein hat. Ich will mich zwar zügig in allen relevanten Punkten einarbeiten, aber noch habe ich sicher erhebliche Lücken.

Darum will und kann ich heute hier kein umfassendes Statement zu allen wichtigen Themen des Verbandes abgeben. Das würde auch sicher zu lange dauern und ich will Sie auch nicht langweilen. Ich möchte nur einige Punkte ansprechen, die mir sehr wichtig sind und auf die ich mein Augenmerk in nächster Zeit besonders richten werde.

Ein wichtiges – aus meiner Sicht sogar das wichtigste – Thema unseres Verbandes muss es sein, für eine angemessene Besoldung und Versorgung unserer Mitglieder zu kämpfen. Bekanntlich wurde mit der Föderalismusreform die Besoldungskompetenz auch für Staatsanwälte und Richter auf die Länder übertragen. Und damit ist auch die Aufgabe, den politischen Willensbildungsprozess in diesem Bereich zu begleiten, vom Bundesverband auf unseren Landesverband übergegangen. Unsere Gehälter und Pensionen werden eben jetzt nicht mehr in Berlin, sondern in Mainz festgesetzt. Es liegt an uns, hier unsere Vorstellungen nachdrücklich zu vertreten.

Wir müssen nicht nur für die finanziellen Interessen unserer Mitglieder eintreten, weil unsere Mitglieder das zu Recht erwarten.

Wir können das auch hoch erhobenen Hauptes und mit voller Überzeugung tun. Die Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Rheinland-Pfalz gehören im bundesweiten Vergleich zu den Besten. Wir alle sind uns unserer großen Verantwortung für eine funktionierende Rechtspflege und damit für unsere gesamte Gesellschaft bewusst.

Wer aber gutes und schnelles Recht erhält muss diejenigen, die es liefern, auch angemessen bezahlen. Das sollte eine Selbstverständlichkeit sein, ist es aber leider nicht. Und leider verstehen Finanzpolitiker unter angemessenen Gehältern und Pensionen – wie ich meine zunehmend – etwas anderes als wir.

Das wird deutlich in dem jetzt vorliegenden Entwurf eines Landesgesetzes zur Anpassung der Besoldung und der Versorgungsbezüge 2007/2008. Danach sollen die Gehälter und Pensionen in der R-Besoldung Mitte 2007 und Mitte 2008 jeweils um nur 0,5 % steigen. Damit wird nicht einmal annähernd der Kaufkraftverlust durch Inflation ausgeglichen. Von einer Anpassung an die allgemeine Einkommensentwicklung ganz zu schweigen.

Völlig außen vor bleiben bei der Begründung des Entwurfs auch die enormen Gehalts- und Versorgungseinbußen, die wir Richter und Staatsanwälte in den vergangenen Jahren haben hinnehmen müssen: drastische Reduzierung des Weihnachtsgeldes, Streichung des Urlaubsgeldes, Kürzungen bei der Beihilfe, Selbstbeteiligung, und

nicht zuletzt die von mir besonders geschätzte Kostendämpfungspauschale.

Die Argumente für die drastischen Kürzungen unserer Besoldung und Versorgung sind dabei immer die gleichen. Wir werden regelmäßig daran erinnert, dass unsere Arbeitsplätze im Gegensatz zur gewerblichen Wirtschaft sicher seien. Und ebenso regelmäßig wird auf die schlechte Haushaltslage verwiesen. Das mag ja alles sein. Und wir verlangen ja auch nicht, wie etwa Ärzte, Piloten oder Lockführer, Gehaltssteigerungen im zweistelligen Prozentbereich.

Aber dass der Staat – hier explizit auch das Land Rheinland-Pfalz – unter Berufung auf den Haushalt immer wieder – und zunehmend einseitig – den Rotstift bei denjenigen ansetzt, die für die Durchsetzung von Recht und Gesetz Verantwortung tragen, können wir nicht schweigend hinnehmen.

Hier sind wir, der stärkste Berufsverband der Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Rheinland-Pfalz, in der Pflicht und berechtigt, unser Veto einzulegen. Diese und zu befürchtende weitere Absenkungen des realen Einkommens der Staatsanwälte und Richter müssen auf unseren entschiedenen Widerstand treffen.

Bei dem Stichwort „starker Berufsverband“ bin ich bei einem weiteren Thema, das mir sehr am Herzen liegt. Stark ist und bleibt unser Verband nur dann, wenn eine große Zahl der in Rheinland-Pfalz tätigen Richter und Staatsanwälte im Deutschen Richterbund organisiert sind. Derzeit können wir noch darauf hinweisen, dass von den etwa 1.200 Staatsanwälten und Richtern im Land rund 700, also fast 60 % Mitglied in unserem Verband sind. Das ist zwar keine schlechte Zahl. Und ich weiß im Moment noch nicht, wie die Zahlen in früheren Jahren ausgesehen haben.

Aber eines weiß ich genau: Der Anteil derjenigen Staatsanwälte und Richter, die Mitglied im Richterbund sind, darf nicht weiter fallen.

Ein Berufsverband, der nur noch einen geringen Bruchteil seiner Berufsgruppe repräsentiert, findet weder im politischen Raum noch in der Öffentlichkeit Gehör. Deshalb müssen wir noch stärker als bisher bei den Kolleginnen und Kollegen für die Mitgliedschaft in unserem Verband werben – vor allem bei den jungen, bei den neu eingestellten Richtern und Staatsanwälten. Diese müssen wir als Mitglieder gewinnen. Sie sind die Zukunft unseres Verbandes.

Wie kann das gelingen ?

Man kann sich hinsetzen und warten, bis sie an die Tür klopfen und um Aufnahme in den Deutschen Richterbund bitten. Das ist sicher die schlechteste Alternative.

Man kann ihnen auf zentralen Veranstaltungen, wie etwa der Tagung für neu eingestellte Richter und Staatsanwälte

te unsere Hochglanzbroschüre in die Hand drücken. Auch das ist wenig erfolgreich.

Die nach meiner Überzeugung beste und erfolgreichste Lösung ist das persönliche Gespräch mit den jungen Kolleginnen und Kollegen vor Ort. Wer selbst von der Wichtigkeit unseres Verbandes zur wirksamen Vertretung unserer Interessen überzeugt ist, kann das am ehesten im persönlichen Gespräch vermitteln. Und wenn das gelingt wird sich der Gesprächspartner auch für eine Mitgliedschaft im Deutschen Richterbund entscheiden. Auch wenn diese Mitgliedschaft 100 € im Jahr kostet.

Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sie heute als Delegierte, Bezirks- und Fachverbandsvorsitzende hier sind, wären sicher nicht hierher nach Zweibrücken gekommen, wenn Sie nicht von der Sinnhaftigkeit der Arbeit unseres Verbandes überzeugt wären.

Ich appelliere an Sie alle, aber auch an jedes einzelne Mitglied: Gehen Sie auf die Kolleginnen und Kollegen, vor allem auf die neu eingestellten Richter und Staatsanwälte zu und geben Sie Ihre Überzeugung weiter. Machen Sie aktiv Werbung für unseren Berufsverband. Denn das persönliche Gespräch nützt mehr als jede noch so schöne und teure Hochglanzbroschüre.



Landesvorsitzende unter sich
v.l.n.r.: Lang, Edinger, Werner, Müller-Rospert, Fraunholz

Ein weiterer Aspekt ist mir persönlich sehr wichtig. Deshalb will ich nicht versäumen, ihn heute bei dieser Gelegenheit anzusprechen. Mir ist wichtig, dass unser Berufsverband, obwohl er unter der Bezeichnung „Deutscher Richterbund“ firmiert, ebenso der Verband der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte wie der Richterinnen und Richter ist. Ich weiß aus vielen Gesprächen mit Staatsanwältinnen und Staatsanwälten, dass einige Kollegen dort sich nicht ausreichend durch den Richterbund vertreten sehen. Das fängt schon beim Verbandsnamen an und geht so weit, dass sich mancher nur als „Mitglied zweiter Klasse“ fühlt.

Ich kann und will hier allen Kolleginnen und Kollegen bei der Staatsanwaltschaft versichern, dass ich mich für ihre Interessen mindestens ebenso einsetzen werde, wie für die Interessen der Richterinnen und Richter. Im übrigen sei daran erinnert, dass der Gründungsvater des

Deutschen Richterbundes und zugleich erste Vorsitzende des Verbandes ein Staatsanwalt war: Oberstaatsanwalt Dr. Johannes Leeb.

Und schließlich haben wir derzeit mit Herrn Christoph Frank wieder einen Oberstaatsanwalt an der Spitze unseres Bundesverbandes.

Auf einen weiteren und zugleich letzten Punkt will und muss ich heute noch kurz eingehen: Es geht um unser Verbandsorgan auf Bundesebene, die Deutsche Richterzeitung. Viele von Ihnen wissen – oder haben es vorhin gehört –, dass ich seit mehr als zehn Jahren Mitglied der Redaktion der Deutschen Richterzeitung bin. Auch diese Tätigkeit ist ehrenamtlich. Ich engagiere mich für die Redaktionsarbeit, weil ich überzeugt bin von der großen Bedeutung der Deutschen Richterzeitung für unseren Berufsverband.

Leider gehört Rheinland-Pfalz zu den wenigen Landesverbänden, in denen der Bezug der Richterzeitung nicht flächendeckend zwingend an die Mitgliedschaft im Deutschen Richterbund gekoppelt ist. Ich halte das für falsch – und will auch begründen, warum.

Erstens bemüht sich die Redaktion der Richterzeitung ständig, für Staatsanwältinnen und Richterinnen interessante Beiträge zu bringen, vor allem auch solche, die für die tägliche Arbeit von Nutzen sind. So enthält beispielsweise das Juliheft eine Reihe von Aufsätzen mit – wie ich meine – wertvollen Hinweisen zum Thema Internet, sowohl für den strafrechtlichen wie auch den zivil- oder öffentlich-rechtlichen Bereich. Auch im verbands- und rechtspolitischen Teil der Zeitung sollten für jeden Leser zumindest immer wieder Beiträge zu finden sein, die es zu lesen lohnt. Und Hand auf's Herz: Wer den Spiegel oder Stern oder Focus abonniert hat, wird darin auch nicht jeden Artikel lesen und alles von A bis Z interessant finden.

Zweitens halte ich auch den Preis für die Richterzeitung von zur Zeit 38,- € pro Jahr nicht für so hoch, dass ihn sich ein Staatsanwalt oder Richter nicht leisten kann (selbst angesichts der Gehaltskürzungen der letzten Jahre).

Drittens – und das ist für mich das wichtigste Argument – ist die Deutsche Richterzeitung ein wesentliches und wichtiges Instrument der Außendarstellung unseres Verbandes. Für jeden Berufsverband, so auch für den unseren, ist es von erheblicher Bedeutung, von der Öffentlichkeit und besonders dort, wo man gehört werden will, nämlich bei Regierungen und Parlamenten, wahrgenommen zu werden. Und die Deutsche Richterzeitung leistet hierfür einen wesentlichen Beitrag.

Böse Zungen behaupten sogar, die Richterzeitung würde mehr von Professoren, Ministerialbeamten und Rechtspolitikern gelesen als von den eigenen Mitgliedern. Ich bezweifle, dass das so ist. Aber selbst wenn es so wäre, würde das eher für als gegen die Richterzeitung sprechen, weil gerade das die Zielgruppe ist, die den Deutschen Richterbund als wichtigen Ansprechpartner in Sachen Rechtspolitik anerkennen muss.



Auf Dauer kann die Deutsche Richterzeitung aber nur weiter existieren, wenn die Auflage stimmt. Seit einigen Monaten gehört der Carl-Heymanns Verlag, in dem die Richterzeitung erscheint, der Unternehmensgruppe Wolters Kluwer Deutschland an – ein auf Gewinn ausgerichtetes Unternehmen, das die Zeitung sicher nur dann weiter auflegen wird, wenn die Bezugszahlen und damit die Einnahmen den Aufwand rechtfertigen. Deshalb ist es für den Erhalt der Verbandszeitung wichtig, dass jedes Mitglied des Deutschen Richterbundes auch die Richterzeitung bezieht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich hoffe, dass ich nicht allzu viele von Ihnen mit meinen Ausführungen erschreckt habe und Sie Ihre Wahl nicht schon jetzt bedauern. Ich jedenfalls freue mich auf die nun beginnende neue Aufgabe und bin schon sehr gespannt, was in der nächsten Zeit auf mich zukommt. Sie und alle Mitglieder bitte ich um Unterstützung. Um Unterstützung bei der gemeinsamen Arbeit für den rheinland-pfälzischen Richterbund – für die Interessen der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, der Richterinnen und Richter in Rheinland-Pfalz.

Vielen Dank

Richterbund fordert echte Besoldungsanpassung

Presserklärung vom 29.08. 2007

In seiner heutigen Plenarsitzung wird der rheinland-pfälzische Landtag den Entwurf eines Landesbesoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes 2007/2008 in erster Lesung beraten. Der Entwurf sieht eine Besoldungsanhebung für Richter und Staatsanwälte um nur 0,5 Prozent für die Jahre 2007 und 2008 vor. Diese geringfügige Erhöhung ist aus Sicht des rheinland-pfälzischen Richterbundes völlig unzureichend. Damit wird nicht einmal annähernd der Kaufkraftverlust durch Inflation ausgeglichen. Von einer Anpassung an die allgemeine Einkommensentwicklung ganz zu schweigen.

Völlig außen vor bleiben bei der Begründung des Entwurfs auch die enormen Gehalts- und Versorgungseinbußen, die Richter und Staatsanwälte in den vergangenen Jahren haben hinnehmen müssen: drastische Reduzierung des Weihnachtsgeldes, Streichung des Urlaubsgeldes, Kürzungen bei der Beihilfe, Selbstbeteiligung, und nicht zuletzt die Kostendämpfungspauschale.

Dass der Staat – hier explizit auch das Land Rheinland-Pfalz – unter Berufung auf den Haushalt immer wieder den Rotstift bei denjenigen ansetzt, die für die Durchsetzung von Recht und Gesetz Verantwortung tragen, können wir nicht schweigend hinnehmen.

„Die Staatsanwälte und Richter in Rheinland-Pfalz sind sich ihrer großen Verantwortung für eine funktionierende Rechtspflege und damit für unsere gesamte Gesellschaft bewusst. Wer aber gutes und schnelles Recht erhält muss diejenigen, die es liefern, auch angemessen bezahlen“, so der Vorsitzende des Richterbundes.

Landesvertreterversammlung 2007

Bei der turnusmäßigen Landesvertreterversammlung, die im Frühjahr in der Fasanerie in Zweibrücken stattfand, konnte die Landesvorsitzende Ulrike Müller-Rospert zahlreiche Ehrengäste aus Politik und Justiz begrüßen. Justizminister Dr. Bamberger gab in seiner Festansprache einen Einblick in die anstehenden Gesetzesänderungen auf Bund- und Landesebene.



Am Nachmittag folgte der verbandsinterne Teil. (Anmerkung: Zu diesem Zeitpunkt konnte niemand ahnen, dass die Landesvorsitzende ihr Amt im Juni zur Verfügung stellen würde)

Die Landesvorsitzende Müller-Rospert führte in ihrem Bericht aus, dass im Berichtszeitraum 9 Präsidiums- und Landesvorstandssitzungen stattfanden. Die Schwerpunkte der verbandsinternen Arbeit waren u.a:

- Pebb\$y
Mit dem Mitteilungsblatt 1/2006 hatte der Landesverband einen von dem Landesverband Baden-Württemberg entwickelten Fragebogen verteilt. Mit dessen Hilfe sollte ermittelt werden, in welchen Bereichen nach Wahrnehmung unserer Kolleginnen und Kollegen die von Pebb\$y vorgegebenen Werte nicht plausibel sind. Da die Personalbedarfsberechnung auf der Grundlage des Jahres 2005 noch nicht vorlag und die eingereichten Bögen für eine Auswertung nicht ausreichten, soll die Fragebogenaktion wiederholt werden, wenn die Personalbedarfsberechnung auf der Grundlage des Jahres 2006 vorliegt.
- Selbstverwaltung der Justiz
Der Landesverband hat aufgrund der Beiträge der Bezirks- und Fachvereine eine von dem Kollegen Endell erarbeitete Stellungnahme zu dem Papier „Selbstverwaltung der Justiz“ in der Fassung vom 28.10.2005 gegenüber dem Bundesverband abgegeben. Auf der Bundesvorstandssitzung vom 10.11. 2006 ist eine Arbeitsgruppe gebildet worden, die auf der Grundlage der geführten Diskussion und der vorliegenden Stellungnahmen ein Modell entwickeln soll.
- Besoldungs- und Versorgungsfragen
Der Verband hat gefordert, die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Dienstbezüge von Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten vom Kindergeldbezug abgekoppelt

werden. Insoweit wird auf die gemeinsame Presseerklärung des Verbandes mit der Vereinigung der Verwaltungsrichter vom 25.10.2006 verwiesen.

- Erstellung von Vorschlagslisten für die Präsidial-, Hauptrichterräte und den Hauptstaatsanwaltsrat sowie die richterlichen Mitglieder des Richterwahlausschusses
Bei den Wahlen sind die Listen des Richterbundes wiederum sämtlich erfolgreich gewesen. Lediglich innerhalb der Listen hat es Verschiebungen gegeben.
- Das Konzept, das Mitteilungsblatt des Landesverbandes in neuer Form als sogenannten Flyer, etwa vierteljährlich herauszugeben, hat sich bewährt. Dies gelingt nur durch den besonderen Einsatz des Redaktionsteams (Paul Blaschke, Reinhard Endell, Dorothee Feldmeier und Dr. Wilhelm Tappert) und der zahlreichen Verfasser von Artikeln.
- Der Landesverband ist nach wie vor unter www.richterbund-rlp.de zu erreichen. In diesem Zusammenhang wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, dass auch die Bezirks- und Fachvereine ihre Beiträge aktualisieren.
- Im Berichtszeitraum wurden wiederum eine Vielzahl von Gesprächen mit Rechtspolitikern, Fachbeamten und Repräsentanten rechts- und berufspolitisch tätiger Verbände geführt.
- Unter anderem hat der Verband in einem sehr informativen und ausführlichen Gespräch mit dem Minister der Justiz Dr. Bamberger, der Staatssekretärin Reich und der Leiterin der Abteilung I, Frau Dr. Mandt, eine Reihe rechtspolitisch aktueller Themen besprochen.
- Mit Generalstaatsanwalt Weise wurden die Auswirkungen der Pebb§y-Studie auf die Staatsanwaltschaften und die Einführung von webSTA erörtert.
- Die Pebb§y-Studie war auch Gegenstand eines Gesprächs mit dem Präsidenten des Landesarbeitsgerichts Prof. Dr. Schmitt.
Weiter war der Landesverband bei verschiedenen Anhörungen zu Stellungnahmen aufgefordert:
- Anhörung in der CDU-Fraktion zum Haushalt 2007/2008
- Anhörung im Ministerium der Finanzen zum Entwurf eines Landesgesetzes zur Änderung des Landesbeamten- und des Landesbesoldungsgesetzes
Anhörung im Haushalts- und Finanzausschuss zu dem vorgenannten Gesetzesentwurf.
- Zudem wurden durch die Präsidiumsmitglieder im Berichtszeitraum über 30 Termine wahrgenommen.
- Zu Gesetzesvorhaben und Änderungen landesrechtlicher Vorschriften wurden wiederum eine Vielzahl von Stellungnahmen abgegeben. Beispielhaft seien erwähnt
Änderung des Landesrichtergesetzes
Änderung des Landesbeamten- und Besoldungsgesetzes sowie
Änderung der Beihilfeverordnung

Assessorenvertreter Richter am Landgericht Herzog berichtete über

- die Vorstellung unseres Verbandes beim Einführungslehrgang und seine dortigen Gespräche mit jungen

Kolleginnen und Kollegen (hauptsächlich wegen nicht erfüllter Wechselwünsche). Im Hinblick auf die massive Werbung des NRV regt er eine Intensivierung unserer Werbemaßnahmen an, die Landesvorsitzende schließt sich dem an,

- Anfragen von jungen Kolleginnen und Kollegen an ihn (hauptsächlich wegen Problemen mit der Behördenleitung), die er soweit möglich beantwortet hat.

Breiten Raum nahm die lebhaft geführte Diskussion über einen Antrag des Bezirksvereins Koblenz ein im Zusammenhang mit der Wahl des Präsidenten des OLG Koblenz. Der Vorsitzende des Bezirksvereins Koblenz Ickenroth erläuterte das insoweit immer noch vorhandene Unbehagen und die Enttäuschung der Kolleginnen und Kollegen. Er stellte klar, dass nicht das Ergebnis der Richterwahl kritisiert wird, sondern das Verfahren. Letztlich brachte die Diskussion Übereinstimmung hinsichtlich folgender Punkte:

- Zurückhaltung des Landesverbandes in Personalangelegenheiten,
- Beachtung der Verschwiegenheitspflicht auch in der heutigen Diskussion,
- kein imperatives Mandat der richterlichen Mitglieder des RWA,
- Abwarten der gerichtlichen Klärung.

Aus dem Kreis der Delegierten wurde eine Diskussion über die von Gerichtspräsidenten zu erwartenden Qualifikationen angeregt. Dies soll im Bundesverband (unabhängig von laufenden Verfahren) besprochen werden. In diesem Zusammenhang wurde auch der Wahlmodus im RWA (offene Abstimmung) kritisch diskutiert. Die Versammlung stimmte aber darüber ein, dass die Frage einer Änderung des § 22 LRiG, insbesondere auch, ob Enthaltungen zulässig sein sollen, der Diskussion im Landesvorstand nach den anstehenden Neuwahlen überlassen bleiben soll. Auch bleibt insoweit die gerichtliche Entscheidung im laufenden Konkurrentenstreit abzuwarten.

Die Versammlung billigte einstimmig die Presseerklärung des Landesvorstandes vom 07.03.2007 und erteilte dem Landesvorstand den Prüfungsauftrag, ob Handlungsbedarf zu einer Neuregelung der Vorschriften über das Verfahren im Richterwahlausschuss besteht.

Nach Erstattung des Kassenberichts und des Kassenprüfungsberichts erteilte die Versammlung dem Präsidium einstimmig Entlastung.

Die anschließenden Neuwahlen, die der Ehrenvorsitzende Lang leitete, hatten folgendes Ergebnis:

Vorsitzende:

DirinAG Ulrike Müller-Rospert, Germersheim – einstimmig –

stellvertretender Vorsitzender:

VRLG Reinhard Endell, Mainz – einstimmig –,

weitere Mitglieder des Präsidiums (einzeln in offener Abstimmung):

- DirAG Thomas Henrichs, Cochem – einstimmig, bei eigener Enthaltung –

- RinOLG Maya Darscheid, Koblenz – einstimmig –
- DirinAG Dr. Ruth-Ellen Schaeffer, Speyer (Kassiererin) – einstimmig –
- PräsLG Irmgard Wolf, Zweibrücken – einstimmig –
- RAG Oliver Emmer, Bernkastel-Kues – einstimmig –
- StAin Birgit Nennstiel, Frankenthal (Geschäftsführerin) – einstimmig –
- ROLG Rolf Geisert, Zweibrücken – einstimmig –
- RAG Thomas Becker, Trier – mehrheitlich (453 Ja-Stimmen, 118 Nein-Stimmen, 121 Enthaltungen)
- RLG Andreas Herzog, Zweibrücken (Assessorenvertreter) – einstimmig –



Vordere Reihe: Wolf, Herzog, Müller-Rospert, Dr. Schaeffer
Mittlere Reihe: Geisert, Nennstiel, Darscheid, Lang
Hintere Reihe: Becker, Werner, Henrichs, Emmer

Zu Kassenprüferinnen wurden wiedergewählt Hiltrud Lutz, Frankenthal und Kirsten Kaltenhäuser, Frankenthal.

Als Vertreterin des Landesverbandes im Bundesverband wählte die Versammlung einstimmig die Landesvorsitzende Ulrike Müller-Rospert und zu ihrem Stellvertreter den stellvertretenden Landesvorsitzenden Reinhard Endell.



Landesvorsitzende Müller-Rospert gratuliert dem Ehrenvorsitzenden Werner

Delegierte bei der Bundesvertreterversammlung sind Frau Müller-Rospert und Herr Endell; Ersatzdelegierter ist Herr Edinger (der ohnehin für die DRiZ teilnehmen wird).

Auf Vorschlag des Vorsitzenden des Bezirksvereins Koblenz Ickenroth wählte die Landesvertreterversammlung den früheren Landesvorsitzenden Udo Werner einstimmig zum Ehrenvorsitzenden des Landesverbandes Rheinland-Pfalz des Deutschen Richterbundes.

Herr Werner dankt für das einhellige Votum der Delegierten.

Aus Präsidium und Landesvorstand

Mitglieder des Präsidiums trafen sich am 31. Januar 2007 zu einem Meinungsaustausch mit Mitgliedern der SPD-Landtagsfraktion in Mainz. Themen des Gespräches waren u. a. aktuelle Besoldungsfragen, insbesondere die Absenkung der Eingangsbesoldung, und Perspektiven für eine zu erwartende landesrechtliche Neuregelung der Beamten- und Richterbesoldung. Vom Präsidium wurde darauf hingewiesen, dass bereits seit Jahren die Anpassungen in der R-Besoldung – unter Berücksichtigung der sonstigen Änderungen im Besoldungs- und Beihilferecht – den Kaufkraftverlust nicht ausgeglichen haben, mithin reale Einkommensminderungen hingenommen werden mussten. Weitere Themen waren die Altersteilzeit (hier soll alsbald eine Neuregelung erfolgen) und die Aufgabenverlagerung vom Richter auf den Rechtspfleger und von diesem auf den mittleren Dienst und die damit verbundenen Probleme. Zur Problemanzeige einer Verschlechterung der richterlichen Mitbestimmung (insbesondere Wegfall der Zustimmungsbedürftigkeit der Beurteilungs- und Besetzungs-VV) wurde die Prüfung zugesagt, ob Bestrebungen des Landesverbandes unterstützt werden können, Mitwirkungsrechte im früheren Umfang wieder einzuräumen.

Hohn und Spott im Bundestag über die Richtergehälter

Zurufe während der Rede des RiBGH aD Neškovic (DIE LINKE) in der Bundestagssitzung vom 21.11. 2006

„... Es ist also der vergleichsweise schlecht bezahlte Mann in Schwarz, der das Spiel überhaupt erst ermöglicht, indem er die Spielregeln durchsetzt.“

(Zuruf von der SPD: Oh, die armen Richter!)

Im Spiel unserer Gesellschaft sind es die Richterinnen und Richter, die die Regeln unserer Gesellschaft durchsetzen.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind ja so schlecht bezahlt! Otto Fricke (FDP): Sind die schlecht bezahlt?)

Auch sie kosten wenig und sind dennoch unentbehrlich für den Zusammenhalt und die Funktionsfähigkeit unserer Gesellschaft.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alles Hartz-IV-Opfer in diesem Land!)

Deswegen ist es bei dieser Sachlage völlig unverständlich, dass wir der Justiz nicht die sächlichen und personellen Mittel zur Verfügung stellen, die sie braucht, um dieser unentbehrlichen Funktion gerecht zu werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Aus diesem Grunde ist es nicht ausreichend, die Ausgaben für die Justiz allenfalls stabil zu halten. Wir benötigen die Bereitschaft zu deutlichen Mehrausgaben. Wir brauchen diese Mehrausgaben, um den ansteigenden Anforderungen bei gleich bleibender Qualität gerecht zu werden.

(Christine Lambrecht (SPD): Mehr Referenten für die Bundesrichter!) ...“

Anmerkung der Redaktion:

Die Bundestagsabgeordneten orientieren sich bei ihren Diäten an den Gehältern der Bundesrichter. Ob die überhaupt wissen, dass in Folge der Föderalismusreform die Eingangsgehälter nach R 1 abgesenkt werden und seit 2004 in Rheinland-Pfalz keine Gehaltserhöhungen für Richter und Staatsanwälte mehr stattgefunden haben?

Besoldungsrecht im Mittelpunkt des Interesses

Als Reaktion auf den mit der Föderalismusreform eingetretenen Zuständigkeitswechsel für die gesetzliche Regelung von Besoldung und Versorgung hat der Deutsche Richterbund eine Arbeitsgruppe von Besoldungssachverständigen eingerichtet, die sich am 9./10. November 2007 zum zweiten Mal in Berlin zu einer Tagung getroffen hat.

Der Landesverband Rheinland-Pfalz wird in der Arbeitsgruppe von Rolf Geisert, OLG Zweibrücken, vertreten. Die Zusammenkunft diente dem Informations- und Erfahrungsaustausch sowie der Planung für eine weitere Intensivierung der Zusammenarbeit.

Der folgende Überblick über die Besoldungen für Richter und Staatsanwälte zeigt die unterschiedliche Entwicklung im Bund und den Bundesländern auf.

Eine **lineare Anpassung** der Besoldung erfolgte bislang nur in Rheinland-Pfalz (0,5 Prozent seit 1.7.2007); für 2008 plant die überwiegende Zahl der anderen Bundesländer eine Anpassung der Besoldung und Versorgung, die deutlich darüber – auch unter Berücksichtigung einer nochmaligen Erhöhung 0,5 Prozent in den Rheinland-Pfalz Mitte 2008 – hinausgeht:

Baden-Württemberg: 1.1.2008: 1,5 Prozent; 1.11.2008 weitere 1,4 Prozent; (darin enthaltenen 1 Prozent für eventuelle Leistungszulagen, siehe dazu im Folgenden

Bayern: 1.10.2007: 3 Prozent;

Berlin: keine konkreten Absichten;

Brandenburg: 1.1.2008: 1,5 Prozent ;

Bremen: Herbst 2008: 1,9 Prozent; 2009: weitere 1 Prozent;

Hamburg: 1.1.2008: 1,9 Prozent; (ein weiteres Prozent für eventuelle Leistungszulagen)

Hessen: 1.4.2008: 2,4 Prozent;

Nordrhein-Westfalen: 1.7.2008: 2,9 Prozent;

Mecklenburg-Vorpommern: konkreter Zeitpunkt offen: 2,9 Prozent;

Niedersachsen: 1.1.2008: 3 Prozent;

Saarland: 1.4.2008: 2,9 Prozent;

Sachsen: 1.9.2008: 2,9 Prozent;

Sachsen-Anhalt: 1.5.2008: 2,9 Prozent;

Schleswig-Holstein: 1.1.2008: 2,9 Prozent;

Thüringen: 1.7.2008: 2,9 Prozent.

Bund: bisher keine Ankündigungen (bevorstehende Tarifverhandlungen für den TVöD werden wohl abgewartet).

Die jährliche **Sonderzahlung** (Weihnachtsgeld) ist in einigen Bundesländern für die R-Besoldung gestrichen worden (Bremen, Niedersachsen, Schleswig Holstein, Sachsen-Anhalt), in einigen werden Festbeträge einmalig gezahlt (Berlin: 640 €, Saarland: 800 €, Sachsen: 1500 €), in anderen wird ein bestimmter Prozentsatz eines Monatsbezugs gezahlt (Nordrhein-Westfalen: 30 Prozent, Mecklenburg-Vorpommern: 35,9 Prozent; Bayern: 65 Prozent; Hamburg 60 Prozent), in weiteren als Prozentsatz des jeweiligen monatlichen Grundgehalts (Baden-Württemberg: bisher 5,33 Prozent , ab 1.1.2008 4,17 Prozent – wie derzeit in Rheinland-Pfalz –; Hessen: 5 Prozent; Thüringen: 1,1 Prozent beziehungsweise 0,84 Prozent ab R 2).

Im Bund und der überwiegende Zahl der Länder wurden – im Gegensatz zu Rheinland-Pfalz – in den Jahren 2005 bis 2007 **Einmalzahlungen** in unterschiedlicher Höhe geleistet (Bund: jeweils 300 € pro Kalenderjahr; Hessen und Bayern: 2006 und 2007 je 250 €; Baden-Württemberg: 2006 300 €, 2007 200 €; Hamburg: 2007 560 €; Nordrhein-Westfalen: 2007 350 €; Niedersachsen: 2007 860 €; Thüringen: 2007 zweimal 250 €; Sachsen-Anhalt: 2007 620 €).

Breiten Raum bei der Tagung nahm die Diskussion über Pläne zur Einführung von **Leistungselementen** (Zulagen) in das Besoldungsrecht auch für Richter und Staatsanwälte ein. Konkrete Pläne hierfür bestehen in Hamburg und Baden-Württemberg. Die dortigen Landesverbände des Richterbundes verhalten sich dazu ablehnend. Diese Grundhaltung findet Zustimmung bei den übrigen Besoldungssachverständigen.

Leistungsbezogene Zulagen sind mit der verfassungsrechtlichen Stellung des Richteramtes nicht vereinbar. Der Richterverein Hamburg wird deshalb trotz einer entsprechenden Aufforderung des Senats keine Vorschläge für Aufgaben und Tätigkeiten, die für Zulagen geeignet wären, machen. Der Richterbund Baden-Württemberg hat in den Gesprächen mit der dortigen Landesregierung als Alternative die Einführung weiterer Beförderungsstellen, insbesondere bei den Amtsgerichten, vorgeschlagen.

In beiden Bundesländern wird aus den für die Besoldungsanpassungen vorgesehenen Mitteln jeweils 1 Prozent erklärtermaßen nur für Leistungselemente zur Verfügung

gestellt und so politischer Druck ausgeübt, um eine Zustimmung für die Einführung von Zulagen in die Richterbesoldung zu erreichen.

Dieses Vorgehen der Landesregierungen ist skandalös!

Es liegt auf der Hand, dass eine sachbezogene Diskussion durch die Verknüpfung mit Besoldungserhöhungen erheblich erschwert wird.

Die Richterschaft insgesamt kann nur hoffen, dass die Landesverbände diesem Druck standhalten und sich der Einführung von Leistungselementen erfolgreich widersetzen.

Zur Diskussion kann ergänzend verwiesen werden auf das beim Richter- und Staatsanwaltstag 2007 in Würzburg erarbeitete Thesepapier (www.drb.de: RiSt-Tag, Dokumente, Neues Dienstrecht/Leistungselemente).

Der Bund führt eine neue Struktur in die R-Besoldung ein; entsprechende Pläne bestehen in Bayern und Thüringen. Die Dienstaltersstufen werden ersetzt durch **Erfahrungsstufen**. Diese Strukturänderung wird dazu führen, dass die Endstufen in R 1 und R 2 je nach Eintrittsalter erst später erreicht werden. Die Neuregelung im Bund wirkt sich ab einem Eintrittsalter von etwa 28 Jahren einkommensmindernd – bezogen auf das Lebenseinkommen – aus.

Zur derzeitigen Beurteilung von Besoldung und Versorgung hat Vorsitzender Richter am Finanzgericht Hans Wilhelm Hahn aus NRW eine ausführliche, auch verfassungsrechtliche Grundlagen berücksichtigende **Studie** vorgelegt, zugänglich als Landtags-Drucks. Nr. 14/556 Nordrhein-Westfalen. Soweit darin die Besoldungsentwicklung der letzten Jahre dargestellt wird, gilt der sich daraus ergebende Befund einer unangemessenen Kürzung von Besoldung und Versorgung gegenüber Preisentwicklung, Einkommensentwicklung in vergleichbaren Berufen und im Vergleich zu der Richterbesoldung in der EU genauso für Rheinland-Pfalz.

Zweibrücken, 16. November 2007

Rolf Geisert

Richterbund kritisiert Besetzungsverfahren

Presseerklärung vom 7. März 2007

Der Vorstand des rheinland-pfälzischen Richterbundes hat sich in seiner Sitzung am 7.3.2007 mit den Vorgängen um die Besetzung der Stelle des Präsidenten des Oberlandesgerichts Koblenz befasst. Bereits das Besetzungsverfahren als solches hat nach Auffassung des Berufsverbandes dem Ansehen der Richterschaft insgesamt ebenso wie dem Amt des Präsidenten des Oberlandesgerichts Koblenz erheblichen Schaden zugefügt. Dies gilt für die nicht hinnehmbare Dauer des Besetzungsverfahrens. Vor allem aber für die hierzu in der Öffentlichkeit behandelten Indiskretionen zu den Bewerbern.

Als skandalös verurteilt der Richterbund, dass Einzelheiten der geheimen Beratungen im Richterwahlausschuss mehrfach in die Öffentlichkeit getragen wurden. Der Berufsverband der Richter und Staatsanwälte begrüßt ausdrücklich, dass die richterlichen Mitglieder des Ausschusses heute Strafanzeige wegen Geheimnisverrat (§ 353 b StGB) bei der Staatsanwaltschaft Mainz erstattet haben. Ebenso begrüßt der Richterbund, dass im Rahmen der erhobenen Konkurrentenklage die im Laufe des Verfahrens aufgetretenen rechtlichen Fragen einer gerichtlichen Klärung zugeführt werden.

Das gesamte Verfahren – so der Vorstand des Richterbundes – bestätigt die bereits vor der Einrichtung des Richterwahlausschusses durch den Verband geäußerten Bedenken, dass gerade wichtige Personalentscheidungen zum Gegenstand öffentlicher parteipolitischer Auseinandersetzungen gemacht werden. Dies schadet nicht nur dem Ansehen des Richteramtes sondern auch dem Ansehen der Justiz insgesamt.

Anmerkung:

Das Ermittlungsverfahren wurde eingestellt.

In eigener Sache

Der **Redaktionsschluss** für das nächste Mitteilungsblatt ist der **28.02.2008**.

Impressum

Mitteilungsblatt Ausgabe 2007

Herausgeber:

Deutscher Richterbund – Landesverband Rheinland-Pfalz
Kreuznacher Straße 37, 67608 Rockenhausen
www.richterbund-rlp.de

Redaktion:

- Paul Blaschke, VRLG, Landgericht Mainz
Diether-von-Isenburg-Str., 55116 Mainz
Tel.: 06131-1414228 / Fax: 06131-1414444
Email: redaktion@richterbund-rlp.de
Schriftleitung und Gestaltung
- Reinhard Endell, VRLG Landgericht Mainz
- Dorothee Feldmeier, RinArbG Mainz
- Dr. Wilhelm Tappert, RLSG, Mainz

Auflage: 1700 Exemplare

Druck: JVA Diez

Erscheinungsort: Mainz

Das Mitteilungsblatt wird an alle aktiven Richter und Staatsanwälte und die pensionierten Mitglieder des Landesverbandes kostenlos verteilt.